

Freikirchenforschung nicht nur Rückschau

Katholische Kirche und Freikirchen

Der katholische Theologe Hans Gasper (Bonn) beleuchtete die Freikirchen aus römisch-katholischer Sicht. Er erinnerte an das Wort des Kirchenvaters Tertullian (gest. nach 220): „Man wird nicht geboren als Christ, Christ wird man.“ Johann Adam Möhler habe bereits 1832 in seinem Hauptwerk „Symbolik“ Respekt vor Methodisten und Pietisten gezeigt, obwohl er sie der Zeit entsprechend als „protestantische Sekten“ bezeichnete. Er schätzte an ihnen, dass sie auf ein christliches Leben Wert legten, das von Glaubenserfahrungen geprägt wird. Besonders aufgrund der Wiedervereinigung Deutschlands sei auch innerhalb der hiesigen römisch-katholischen Kirche bewusst geworden, dass in einer pluralistischen Gesellschaft die Menschen nicht mehr automatisch durch Geburt und Kindertaufe Christen würden. Viele Menschen hätten keinen Bezug mehr zum Christentum. Sie müssten eine eigene Entscheidung für den Glauben treffen. Dazu wäre eine bessere Kenntnis der Bibel notwendig, um mehr über den Glauben zu erfahren. Die Katholiken hätten die missionarische Dimension des Glaubens neu entdeckt, nämlich das Evangelium unter die Leute zu bringen. Hierin stimmten sie mit den Freikirchen überein. Papst Franziskus habe keine Berührungängste gegenüber Evangelikalen, wie sein Besuch im Juli 2014 in der Pfingstgemeinde von Pastor Giovanni Traettino in Caserta/Italien zeige. Freikirchen würden aus katholischer Sicht nicht mehr zu den „Sekten“ gezählt.

Mut zur eigenen Geschichte

Dr. Johannes Hartlapp (Friedensau) sprach über „Adventistische Geschichtsforschung im Spannungsfeld von Selbst- und Fremdwahrnehmung“. Für Adventisten hätten Geschichte und Gegenwart immer zusammengehört. Dabei habe die Gefahr

bestanden, die Geschichte der eigenen Freikirche zu verklären und sich selektiv mit der Geschichte zu befassen, um die eigene Identität zu bekräftigen. Das adventistische Archiv in Hamburg wurde 1943 durch einen Bombenangriff zerstört. Erst 1980 begann der Aufbau eines neuen „Historischen Archivs der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Europa“, das heute seinen Sitz an der Theologischen Hochschule Friedensau hat. Dadurch sei ein offener Austausch über die eigene Geschichte ermöglicht worden. Der Mut zur eigenen Geschichte habe dazu geführt, dass die Freikirchenleitungen in Deutschland und Österreich 2005 in einer gemeinsamen Erklärung ein Schuldbekenntnis zur NS-Zeit ablegten. 2014 folgte von der deutschen Freikirchenleitung unter der Überschrift „Schuld und Versagen“ eine Erklärung anlässlich des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren.

Hunger nach Erfahrung

Der Pfarrer der bayerischen Landeskirche Dr. Moritz Fischer (Neuendettelsau) befasste sich mit der Pfingstkirchenforschung. Dabei gehe es nicht nur um die Pfingstgemeinden in Deutschland, sondern um die Erforschung der weltweiten Pfingstbewegung. Das sei auch wichtig, um die aus Migranten bestehenden Pfingstgemeinden in der Bundesrepublik in den Blick zu bekommen. Trotz Zersplitterung der Pfingstbewegung gebe es auch Gemeinsamkeiten, wie den „Hunger nach Erfahrung“, um den Glauben sichtbar zu machen. Auch die gottesdienstlichen Formen ähnelten sich. Zu beobachten sei zudem ein sozialer und bildungsmäßiger Aufstieg in der Gesellschaft, wenn sich jemand mit einer Pfingstgemeinde identifiziert.

Neue Freikirchen

Um die Erforschung „neuer“ Freikirchen ging es Dr. Reinhard Hempelmann (Berlin), dem Leiter der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen. Diese „neuen“ Freikirchen vom charismatisch-pfingstlichen und evangelikalen Typ grenzten sich von den sogenannten „klassischen“

Freikirchen ab. Da es nicht „die“ Freikirchen gebe, könne man auch nicht von „den“ neuen Freikirchen sprechen. Jede einzelne müsse für sich betrachtet werden.

Mit dem „Beitrag der Freikirchen zur neutestamentlichen Wissenschaft“ befasste ich der Methodist und Theologieprofessor Dr. Hermann Lichtenberger (Tübingen). Seine These: Die Universitäten in Deutschland seien offen bei der Promotion in evangelischer Theologie bei Methodisten, Mennoniten und Baptisten. Auch könnten Angehörige bestimmter Freikirchen sich im Fachbereich Theologie habilitieren. Die Aussprache ergab jedoch, dass es hierzu unterschiedliche Erfahrungen gibt.

Umfangreiche methodistische Geschichtsforschung

Dr. Michael Wetzel (Zwönitz/Erzgebirge) wies darauf hin, dass sich schon John Wesley (1703-1791), einer der Begründer der methodistischen Bewegung, mit der Kirchengeschichte befasst habe. Anfangs hätte die methodistische Geschichtsschreibung mit ihren Bekehrungsgeschichten mehr erbaulichen Charakter gehabt. Inzwischen gebe es eine Fülle wissenschaftlicher Bücher, Monografien und Artikel über die Geschichte der methodistischen Kirche. Das sei auch der „Studiengemeinschaft für Geschichte der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK)“ zu verdanken. Themen bei denen noch geforscht werden sollte, wären die Geschichte der Methodisten in der NS-Zeit und in der DDR. Wissenslücken gebe es auch in der Zeit nach 1945.

Zum Abschluss stellte Professor Dr. Frank Lüdke (Marburg) Perspektiven aus der Historiographie der Gemeinschaftsbewegung, dem sogenannten „Neupietismus“, vor. Professor Dr. Martin Rothkegel (Elstal bei Berlin), referierte über „Täufertum und Baptismus: Zwei freikirchliche Traditionen und ihre Historiographie“. Rothkegel stellte fest, dass das Täufertum, welches aus der Reformation des 16. Jahrhunderts hervorging, durchaus in Deutschland in die akademische Forschung einfließe, wenn auch nicht mit einem eigenen Lehrstuhl. Das sei jedoch beim Baptismus nicht der Fall, der

erst seit 1834 in Deutschland vertreten ist.

Die in Friedensau gehaltenen Referate werden im VFF-Jahrbuch dokumentiert, das 2016 erscheinen soll.

Adventistischer Führungskongress zum Thema Resilienz

Die Referate im Plenum gingen der Frage nach, wie man mit Belastungen, Herausforderungen und Stress in der kirchlichen Arbeit als ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeitende umgehen kann, ohne dabei auszubrennen. Oder wie man nach einer Krise, im Sinne einer Selbstregulation, wieder zu Kräften kommen kann. Die Teilnehmenden hatten während des Referats die Möglichkeit, ihre Fragen per SMS für die anschließende Vertiefungsrunde mit den Referenten zu übermitteln. Laut der Teilnehmerbroschüre zum Kongress versteht man unter Resilienz „die Eigenschaft von Menschen oder von ganzen Organisationen, Belastungen stand zu halten und auch unter schwierigen Bedingungen gesund und leistungsfähig zu bleiben“.

Organisationale Resilienz

Unsere Zeit sei geprägt von Nichtberechenbarkeit, was viele Menschen überfordere, sagte Dr. Dietmar Nowotka, Organisationsberater, im Referat über „Organisationale Resilienz“. Resilienz sei aber keine Persönlichkeitseigenschaft im Sinne eines Besitzes, sondern eine psychische Anpassungsleistung, die Aktivität erfordere

und gelernt werden könne. Organisationen könnten durch den Aufbau resilienter Strukturen, wie verbesserter interner Kommunikation und Changemanagement als andauernder Aufgabe, wachsam und transparent auf neue Situationen reagieren oder diese vorwegnehmen. Durch gemachte Erfahrungen, die reflektiert würden, könnten neue Erkenntnisse gewonnen und in Kompetenzen umgewandelt werden.

Ruhe und Achtsamkeit

Karin Roth, Leiterin der Ombudsstelle der Erzdiözese Salzburg/Österreich, teilte ihre Erfahrungen im Umgang mit Stress, der mit zunehmender Intensität das eigene Wahrnehmungsfeld entsprechend verenge. Sie stellte einen Selbstentwicklungskreislauf mit sieben Bereichen vor, der unter anderem über Selbstwahrnehmung, Selbstakzeptanz, Selbstverantwortung, Selbstvertrauen und Selbstreflexion zu mehr Achtsamkeit gegenüber sich selbst und der Umwelt und zu mehr Gelassenheit führen könne.

Wichtigkeit von Werten

Sich nach Werten auszurichten, habe einen starken Einfluss auf die Resilienz, die psychische Widerstandsfähigkeit und damit auf die Fähigkeit, Krisen zu bewältigen, sowohl für Menschen, als auch für Organisationen, sagte Pastor Marc André Naumann im Workshop „Mit Werten führen“.

Resolution für Zukunftskonferenz

„Die Adventgemeinde war und ist eine Adventbewegung“, heißt es in der Einleitung zu einer Resolution der Teilnehmer und Teilnehmerinnen am Führungskongress, die sie in der Abschlussveranstaltung an die drei Kirchenleitungen der vertretenen deutschsprachigen Länder richteten. Sie fordern darin die drei Kirchenleitungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz dazu auf, „im Sinne einer Zukunftskonferenz Raum zu schaffen, um einen gemeinsamen Weg zum Dienst an der Gesellschaft zu finden und unter dem Segen Gottes unserem Auftrag gerecht zu werden.“

Weitere Informationen unter: <http://sta-fuehrungskongress.de>

Blindenhörbücherei stellt Versand von Hörkassetten ein

„Zu Beginn des Dienstes von Blindenhörbüchereien wurden Tonbandspulen an blinde und sehbehinderte Hörer verschickt“, erinnerte Pastor Andre J. Thäder, Leiter der Blindenhörbücherei der „Stimme der Hoffnung“. Die Einführung der Kompaktkassetten habe einen deutlichen Fortschritt mit sich gebracht: Das Kopieren, Versenden und Hören von Büchern und Zeitschriften wurde einfacher. Trotzdem sei einigen Nutzern der Abschied von der Spule nicht leicht gefallen. Ähnliches erlebe die Blindenhörbücherei seit 2010 mit der Umstellung auf DAISY-CDs. Diese Technik wurde speziell für blinde und sehbehinderte Nutzer entwickelt. Und doch seien laut Thäder manche bei der „bewährten“ Kassette geblieben.

Das Team der Blindenhörbücherei des Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ könne das bei älteren Hörern nachvollziehen. „Wir haben deshalb bis jetzt neben alten Hörbüchern auch fast alle neuen Abonnements auf Kassetten angeboten“, erläuterte Pastor Thäder. Inzwischen sei der Kreis der Kassettenhörer aber sehr klein geworden, der Vorrat an Kassetten schrumpfe und immer mehr Laufwerke der Kassetten-Kopieranlage seien defekt. So müsse das Team diesen Tonträger Stück für Stück absetzen. Ab 2016 werden deshalb alle Abonnements nur noch auf CDs verschickt.

Anfang September betraf das schon die Kassettenausgabe der

Hörzeitung „Darmstadt aktuell“. Diese wöchentliche Hörzeitung wird seit 1983 im Auftrag der Stadt Darmstadt für blinde und sehbehinderte Menschen in Darmstadt und Umgebung erstellt. Am 5.9.1988 – also vor genau 27 Jahren – übernahm die Blindenhörbücherei dafür die Kopier- und Versandarbeiten. Nun geht diese Arbeit ausschließlich mit DAISY-CDs weiter.

2014 wurden insgesamt etwa 18.500 CDs und 5.100 Kassetten aller Abonnements an 2.400 Hörer verschickt. Dazu kam noch der Verleih von knapp 500 Hörbuchtiteln, informierte Thäder. Die Blindenhörbücherei der „Stimme der Hoffnung“ gibt es bereits seit 1964. Seit über 50 Jahren können bei ihr kostenlos Tonträger ausgeliehen werden.

Ein Katalog mit allen Angeboten kann bei der Blindenhörbücherei der „Stimme der Hoffnung“, Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein, Telefon (06257) 506 53-35, Telefax (06257) 506 53-84, E-Mail: andre.thaeder@stimme-der-hoffnung.de, angefordert werden. Anfragen sind außerdem in Braille-Schrift möglich.

Christoph Münchow bleibt EAK-Bundesvorsitzender

Ebenso wiedergewählt wurden in Kassel die beiden Stellvertreter des Bundesvorsitzenden, Elisabeth Peterhoff von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und Stefan Maaß von der Evangelischen Landeskirche in Baden.

Als Beisitzerinnen und Beisitzer ergänzen Lutz Krügener

(Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers), Wilfried Ullrich (Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck), Julika Koch (Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland) und Wolfgang Buff (Evangelische Kirche in Hessen-Nassau und Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck) den neuen EAK-Bundesvorstand in den kommenden drei Jahren. Julika Koch, Wolfgang Buff und Lutz Krügener sind neu im Vorstand. Auch Holger Teubert wurde als freikirchlicher Beisitzer bestätigt. Er ist für die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) im EAK-Vorstand und leitet das Referat Kriegsdienstverweigerung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland.

Ausgeschieden als Beisitzer ist in Kassel Thomas Franke von der Evangelischen Kirche im Rheinland. Qua Amt sind zudem Dr. Roger Mielke vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sowie Rainer Hub für die Diakonie Mitglieder des EAK-Bundesvorstandes.

Die Beratung von Kriegsdienstverweigerern gewinne laut EAK-Geschäftsführer Wolfgang Burggraf zunehmend an Bedeutung in der Arbeit der EAK. Die Geschäftsstelle in Bonn verzeichne eine zunehmende Anzahl von Beratungsanfragen von Soldatinnen und Soldaten, die verweigern wollen. Zwischen 2013 und 2014 habe es dabei einen Anstieg von rund 20 Prozent gegeben, in diesem Jahr gehe die EAK von einer Verdoppelung der Beratungen aus.

Die 1956 gegründete EAK kann im nächsten Jahr auf ihr 60-jähriges Bestehen zurückblicken. Dieses Jubiläum will die Arbeitsgemeinschaft 2016 im Juni in Bonn feiern, beschloss die Mitgliederversammlung in Kassel.

Adventisten veröffentlichen Erklärung zur aktuellen Flüchtlingssituation

Die „Erklärung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland zur aktuellen Flüchtlingssituation“ stellt die christliche Verantwortung der Adventisten heraus, für alle Menschen da zu sein, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, Religion oder Weltanschauung. Motivation für die Zuwendung von Christen zu jedem Menschen, der Hilfe braucht, sei die im Evangelium ausgedrückte Solidarität Gottes. Siebenten-Tags-Adventisten sprächen sich ausdrücklich gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit aus.

Die Freikirche werde die bestehenden Strukturen des adventistischen Wohlfahrtswerks AWW und der adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA zugunsten einer nachhaltigen Hilfe für Flüchtlinge nutzen. Zugleich werde sie sich aktiv in die bestehenden Strukturen der Bundesländer und Kommunen einbringen.

Das Dokument macht deutlich, dass die Ortsgemeinden der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland im konkreten Hilfshandeln gefragt sind. Die Gemeinden vor Ort seien eingeladen, ohne Berührungsängste auf Menschen in Not zuzugehen, die Zusammenarbeit mit Behörden, Vereinen, Einrichtungen und anderen Kirchen zu suchen und Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements zu erfragen und konkret umzusetzen. Kirchengemeinden könnten Räumlichkeiten für Sprachkurse, Begegnungstreffen oder Programme zur Kinder- und Freizeitgestaltung zur Verfügung stellen und Flüchtlinge, Migranten und Menschen in Not bewusst in die Fürbitte des Gebets einschließen.

Unterzeichnet wurde die Erklärung von den Pastoren Johannes

Naether, Präsident der Adventisten in Norddeutschland und Rainer Wanitschek, Präsident der Adventisten in Süddeutschland. Beide Kirchenleiter sprachen allen, die bereits durch ihr ehrenamtliches Engagement Hilfe für Flüchtlinge praktizierten, einen herzlichen Dank aus.

Die Erklärung in vollem Wortlaut unter: <http://www.adventisten.de/news/news/datum/2015/09/24/erklaerung-der-freikirche-zur-aktuellen-fluechtlingssituation/>

EAK-Studientag befasst sich mit Rüstungspolitik und Konversion

„Es hat sich beim Studientag gezeigt, wie unterschiedlich die Sichtweisen bei diesem Thema sind“, bekannte der EAK-Bundesvorsitzende Dr. Christoph Münchow. Darum sei es wichtig, dass die in Kassel geführte Diskussion fortgesetzt werde. „Und dies ohne Denkverbote, ohne Scheuklappen und mit klaren Standpunkten“, forderte er.

Kassel bedeutender Standort der Rüstungsindustrie

Nicht ohne Grund sei Kassel als Ort des Studientages gewählt worden. In der hessischen Stadt sind mehrere Rüstungsunternehmen angesiedelt. Dafür stehen die Namen Henschel und Wegmann. Die Henschel-Werke, 1810 gegründet, produzierten schon früh Rüstungsgüter und sind heute Teil des Rheinmetall-Konzerns. Und Wegmann, 1882 gegründet, spezialisierte sich ebenfalls früh auf militärische Fahrzeuge.

Das Unternehmen schloss sich mit Krauss-Maffei 1999 zu Krauss-Maffei Wegmann (KMW) zusammen. „Unsere Stadt ist ein bedeutender Standort der Rüstungsindustrie“, sagte der Kasseler Rechtsanwalt Michael Goldbach, der Mitglied der EAK ist.

Exportdruck für Rüstungsindustrie

Volkswirtschaftlich spiele die Rüstungsindustrie lediglich eine geringe Rolle, verdeutlichte Otfried Nassauer, Direktor des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit (BITS). „Die deutsche Rüstungsindustrie ist zu groß und auch zu klein. Zu groß, um nur den begrenzten Bedarf der Bundeswehr zu decken, aber zu klein, um alles zu liefern was die Bundeswehr benötigt“, so Nassauer. Darum sei dieser Industriezweig stark exportabhängig, was einen Exportdruck erzeuge, denn die Inlandsnachfrage reiche nicht aus. Vor diesem Hintergrund zu einer Konversion zu kommen, sei schwerer als man denke. Denn bevor die Rüstungsindustrie ihre Produktion verringere, versuche sie mehr zu exportieren.

Ernüchterung beim Thema Rüstungskonversion

Es gebe einige Beispiele für Rüstungskonversion. In Bremen wurde der Versuch unternommen, bei den Vereinten Flugbetriebe Werken (VFW), später MBB, nach dem Auslaufen der Tornado-Produktion und den schleppenden Verkäufen beim Airbus eine Konversion zu erreichen. Gewerkschafter, Parteien, Kirchen, Arbeitgeber, zivilgesellschaftliche Gruppen und Wissenschaft erarbeiteten gemeinsam Überlegungen für Alternativen, sodass ein Konversionsprogramm entstand. Aber nach 25 Jahren kam es zur Ernüchterung: Die Liegenschaftskonversion, gemeint ist die Nutzung früherer Kasernen für zivile Zwecke, habe zum Erfolg geführt, „doch in der Rüstungsindustrie selbst hat es keine nachhaltige Konversion gegeben“, so Manfred Nieft von der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion.

Auch in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg werde über Rüstungskonversion nachgedacht. Hier gebe es seit drei Jahren einen Prozess, bei dem Gespräche zwischen

Rüstungsunternehmen, Beschäftigten, Politik und Gesellschaft geführt würden. Nächstes Jahr soll es zu ersten Vorlagen kommen. Ein Problem, dass sich auch hier zeige, sei die Zurückhaltung gerade aus den Gewerkschaften aus Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen. „Für viele Gewerkschafter ist daher Konversion kein Thema“, sagte Otfried Nassauer.

Schließung von Rüstungsbetrieben keine Katastrophe

„Wenn beide Rüstungsbetriebe in Kassel schließen müssten, wäre das keine Katastrophe, die regionale Wirtschaft würde das verkraften“, meinte José Pinto von der „Hessisch-Niedersächsischen Allgemeine“. Aber er gab auch zu bedenken: „Warum sollte man ein erfolgreiches Unternehmensmodell aufgeben?“ Rüstung sei eine politische Frage, Konversion wäre derzeit kein Thema. Wenn die Politik entscheiden würde, dass die Rüstungsproduktion eingestellt werden sollte, erst dann würde Konversion in den Blick treten, betonte er.

„Rüstungskonversion ist kein totes Thema, sondern muss neu betrachtet werden“, entgegnete Boris Mijatovic, Sprecher der Kasseler Grünen. Allerdings könne das nicht losgelöst von den Exporten angesehen werden. „Rüstung ist kein Wirtschaftsgut, sondern Thema der Außenpolitik“, forderte er. Und Frank Skischuss vom Kasseler Friedensforum war der Überzeugung, dass es gerade auch Aufgabe der Friedensbewegung sei, hier Druck zu machen und Staat wie Wirtschaft dazu zu bringen, die Rüstung aufzugeben.

In Frieden leben dank Rüstung

„Wir brauchen die Rüstung. Dass wir hier 70 Jahre in Frieden leben, haben wir auch der Rüstung zu verdanken“, machte dagegen der Kasseler Diplom-Physiker Martin Bräutigam deutlich. Durch die Waffen würden auch Freiheit und Demokratie in Deutschland gesichert. Verständnis habe er dagegen für die Kritik an den Rüstungsexporten.

„Es ist ein kontroverses Thema, das hat dieser Studientag deutlich gemacht“, meinte Dr. Christoph Münchow. Darum sei es

wichtig, an dieser Frage dranzubleiben, auch als Kirche. „Denn dann kann das Bibelwort von den Schwertern, die zu Pflugscharen umgeschmiedet werden, auch Wirklichkeit werden.“

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) ist innerhalb der „Konferenz für Friedensarbeit im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)“ der Dachverband für jene, die in evangelischen Landeskirchen und Freikirchen für Kriegsdienstverweigerung und Friedensarbeit zuständig sind. Die EAK beschäftigt sich mit Fragen der Friedenstheologie, Friedensethik, Friedens- und Gewissensbildung sowie Friedenspolitik.

Ordination: Adventisten in Norwegen und Dänemark auf neuen Wegen

Die Delegierten der 60. Weltsynode (Generalkonferenz-Vollversammlung) der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten hatten in San Antonio, Texas/USA, am 8. Juli entschieden, dass es den weltweit dreizehn teilkontinentalen Kirchenleitungen (Divisionen) auch weiterhin nicht gestattet sein soll, in ihrem Gebiet Frauen, die im Pastorendienst tätig sind, zu ordinieren.

Keine Diskriminierung

Diesen Beschluss der Weltsynode wollten sie achten, heißt es in einer Mitteilung der Adventisten in Norwegen, gleichzeitig

wollten sie aber auch den „grundlegenden Prinzipien“ der Arbeitsrichtlinien der Weltkirchenleitung (General Conference Working Policy BA 60 05) entsprechen. Dort heißt es: „Die Kirche lehnt jedes System und jede Philosophie ab, die jemanden aufgrund seiner Rasse, Farbe oder seines Geschlechts diskriminiert.“

Bisherige Ordinationspraxis entspricht nicht dem Gleichbehandlungsprinzip

Die Ordinationspraxis in der adventistischen Kirche sei während vieler Jahre „nicht in Übereinstimmung mit dem grundlegenden biblischen Prinzip der Gleichbehandlung aller Menschen“ gewesen, so die Medienmitteilung. Die schriftlichen Unterlagen, die den Mitgliedern des norwegischen Exekutivausschusses vor der Beschlussfassung zur Verfügung gestanden seien, hätten auf das Priestertum aller Gläubigen verwiesen und ausgeführt, dass es für die Kirche unmöglich sei, das grundlegende Menschenrecht der Gleichbehandlung anzuerkennen ohne die in der Vergangenheit angewandte Ordinationspraxis entsprechend anzupassen.

Das Dokument der norwegischen Adventisten führt weiter aus, dass die adventistische Weltkirche in den letzten fünf Jahren gründliche Studien bezüglich der Ordination durchgeführt habe, die zur Feststellung geführt hätten, dass es unter gewissenhaften und loyalen Adventisten zwei gegensätzliche Auffassungen von Ordination gebe. Die Weltkirchenleitung habe es versäumt, jenen überregionalen oder nationalen Kirchenleitungen (Unionen), welche überzeugt seien, dass die aktuelle Ordinationspraxis aus biblischer Sicht falsch sei, Raum zu lassen, damit sie im Rahmen der Arbeitsrichtlinien ihrem Gewissen folgen könnten. Das habe die norwegische Kirchenleitung in eine schwierige Situation gebracht.

Für norwegische Adventisten eine Gewissensangelegenheit

„Die norwegische Union (nationale Kirchenleitung) rebelliert nicht, noch möchte sie die weltweite Kirche der Siebententags-Adventisten verlassen. Dies festzuhalten ist uns ganz

wichtig“, sagte Pastor Finn F. Eckhoff, Generalsekretär der norwegischen Kirchenleitung. „Für die norwegische Union ist dies eine Gewissensangelegenheit“, betonte Pastor Reidar J. Kvinge, Präsident der norwegischen Adventisten. Mit ihrer Entscheidung ermutige die norwegische Kirche die Weltkirchenleitung jedoch, eine biblisch begründete Ordinationspraxis zu schaffen, welche die Einheit der Kirche nicht gefährde.

Neue Regelungen und Bezeichnungen

Für Personen, die in Zukunft in Norwegen als Pastoralassistenten in den Pastorendienst eingeführt würden, werde ein einfaches Fürbittgebet gesprochen. In gleicher Weise werde auch mit Pastoralassistenten verfahren, wenn sie in den vollen Pastorendienst eingesetzt würden.

Demnach gebe es zukünftig bei den norwegischen Adventisten keine „ordinierten“ und „nicht-ordinierten“ Pastoren mehr. Unabhängig vom Geschlecht werde es nur noch zwei Kategorien von pastoralen Mitarbeitern geben: Pastoren „im normalen Dienst“ oder „im Praktikum bzw. in der Pastoralassistentenz“. Der Weltkirchenleitung werde man solange keine Angaben mehr über Mitarbeitende im Pastorendienst mitteilen bis sie Kategorien für Pastoren geschaffen habe, die nicht diskriminierend seien.

Adventisten in Dänemark geben die Begriffe „Ordination“ und „Beauftragung“ auf

Die Kirchenleitung der Adventisten in Dänemark (DUChC) beschloss 2013 eine Stellungnahme, wonach die Kirche „bei der Ernennung von Pastoren nicht zwischen den Geschlechtern unterscheiden werde und die Gleichstellung der Geschlechter in allen Verantwortungsbereichen wünsche“. Im Dokument steht auch, dass die dänische Kirchenleitung (Union) „die Ordination von neuen Pastoren bis zur Generalkonferenz-Vollversammlung 2015 (Weltsynode) aussetzen werde“, an der die Frage der Frauenordination diskutiert werde.

Gemäß der Arbeitsrichtlinie der Weltkirchenleitung (Working

Policy E05 05) könnten auch andere Legitimationen ausgestellt werden. Die dänische Kirchenleitung bitte die Weltkirchenleitung, eine Bezeichnung für die Legitimation von Pastoren zu finden, welche für Männer und Frauen zutreffend sei.

Auf der Basis dieser Bitte an die Weltkirchenleitung und der Stellungnahme zur Gleichbehandlung aus dem Jahr 2013, die im biblischen Verständnis gründe, wonach Mann und Frau als Ebenbild Gottes geschaffen seien und der Heilige Geist Männern und Frauen geistliche Gaben in gleicher Weise schenke, sei am 20.9.2015 vom Exekutivausschuss der dänischen Kirchenleitung (Union) beschlossen worden, dass die Begriffe „Ordination“ und „Beauftragung“ nicht mehr verwendet werden sollen, sondern nur noch von „ausgesonderten Pastoren“ gesprochen werden soll. In Zukunft werde die dänische Kirchenleitung ausschließlich eine Bezeichnung und eine Legitimation verwenden, nämlich „Pastor/Pastorin“. Dies gelte gleichermaßen für Männer und Frauen, welche die Pastoralassistenzeit erfolgreich abgeschlossen hätten.

Adventisten in den Niederlanden wollen Frauen auch in Zukunft ordinieren

Nach der Entscheidung der adventistischen Weltsynode (Generalkonferenz-Vollversammlung) vom Juli 2015 veröffentlichte die Kirchenleitung der holländischen Adventisten folgende Erklärung, die von SPECTRUM, Zeitschrift der Vereinigung adventistischer Foren (AF), ins Englische übersetzt wurde:

„Die Delegierten der adventistischen Kirchgemeinden in den Niederlanden haben im Herbst 2012 beschlossen, Frauen in gleicher Weise wie ihre männlichen Kollegen zum Pastorendienst zu ordinieren. Dieser Beschluss trat im Juni 2013 in Kraft und bleibt es weiterhin. Die Entscheidung der Generalkonferenz-Vollversammlung von San Antonio ändert daran nichts.

Die Kirchenleitung in den Niederlanden wird weiterhin

Pastorinnen ordinieren. Wir danken Gott, dass er Männer und Frauen in seinen Dienst beruft. Mit Freude wollen wir diesen Ruf durch das Auflegen der Hände bestätigen.“

Bewaffnete töten sieben Adventisten in Kamerun

Die nicht identifizierten Angreifer hätten auch Geschäfte in Brand gesteckt, was zu erheblichen materiellen Verlusten geführt habe, sagte Hendjena in einer Stellungnahme am 18. September.

Am Tag nach der Attacke habe Aïssa Harde einem Geisterdorf geglichen, da die Bewohner mit ihren wenigen Habseligkeiten in Panik geflohen seien. Dies sei der größte Verlust von Mitgliedern durch gewaltsame Attacken seit vor fünf Jahren die Terrormiliz Boko Haram versucht habe, einen strikt muslimischen Staat in Afrika zu errichten, sagte der Kirchenleiter.

Boko Haram schürt Konflikte in Kamerun, Tschad und Nigeria

Die Terrormiliz Boko Haram, die Konflikte im Grenzgebiet zwischen Kamerun, Tschad und Nigeria schürt, habe die Verantwortung für die Attacken vom 17. September nicht übernommen. Der Überfall folge aber dem Muster dieser Terrorgruppe. Als Reaktion auf die Entscheidung Kameruns, gemeinsam mit seinen Nachbarländern Widerstand gegen die Terroristen zu leisten, habe Boko Haram auch Angriffe in Kamerun gestartet, heißt es in der amerikanischen Kirchenzeitschrift *Adventist Review*.

Laut Menschenrechtsorganisationen habe Boko Haram allein in Kamerun im letzten Jahr mehr als 400 Personen getötet und weitere Tausende in anderen Ländern. Darunter seien auch sechs Adventisten, die Anfang des Jahres bei einem Angriff in Maiduguri, der Hauptstadt des nigerianischen Bundesstaates Borno, getötet worden seien, so der adventistische Kirchenleiter.

Richard Hendjena bat die Adventisten weltweit, in ihren Gebeten an die Geschwister in Aïssa Harde sowie in anderen gefährdeten Gebieten zu denken, „denn es ist nicht leicht in einem solchen Klima, das von Unsicherheit geprägt ist, zu leben“.

Einfache Antworten auf komplexe Fragen gibt es nicht

Wer ohne Lebenshoffnung ist, sollte nicht kriminalisiert werden

Mit Blick auf die anstehende parlamentarische Gesetzgebung zur Suizidbeihilfe sei Hörsting einerseits für das Verbot der geschäftsmäßigen Hilfe zur Selbsttötung, gleichzeitig aber gegen eine Bestrafung von Privatpersonen: „Wo jemand keine Lebenshoffnung mehr hat, hilft keine Kriminalisierung.“ Weit verbreitet wäre heute die Ansicht: „Ich lebe selbstbestimmt, ich sterbe auch selbstbestimmt.“ Für Christen gelte jedoch: „Wir gehören nicht uns selbst, sondern sind von Gott geschaffen. Aus dieser Perspektive schließt sich auch jede Hilfe zur Selbsttötung aus!“ Wichtig sei, das Leben zu

schützen. Dazu gehörten auch schmerzlindernde Therapien, die ein würdiges Sterben ermöglichen.

„Marsch für das Leben“

Beim „Marsch für das Leben“, der zeitgleich in Berlin stattfand, gehe es ebenfalls um Tötung, erklärte der Präses. Er stehe vollständig hinter dem Anliegen, das ungeborene Leben zu schützen. Er warnte davor, dass sich eine Gesellschaft an die Praxis der Tötung von ungeborenen Kindern gewöhne. Für aggressive Gegendemonstrationen mit plakativen Aussagen wie: „Hätte Maria abgetrieben, wärt ihr uns erspart geblieben“, habe er kein Verständnis. Gleichzeitig kritisierte er Christen, die alle Frauen, die abgetrieben haben, als Mörderinnen bezeichneten.

Flüchtlinge keine Missionsobjekte

Die Menschen, die nach Deutschland als Flüchtlinge kommen, sieht Hörsting „als Chance Gottes“, ihnen seine Liebe weiterzugeben. Auf der anderen Seite bleibe die Unsicherheit, welche Folgen die Zuwanderung für die Gesellschaft in Deutschland habe. Er warnte davor, nur Flüchtlingen mit christlichem Hintergrund zu helfen. Gottes Liebe gelte ebenso Menschen mit einer anderen religiösen Herkunft. Es dürfe allerdings nicht der Eindruck entstehen, Christen nutzten die Notlage der Flüchtlinge aus, um sie zu missionieren. Zugleich gehöre es aber dazu, den Glauben zu bezeugen und über Gott ins Gespräch zu kommen. Besonders für Muslime sei das selbstverständlich.

Während des Bundestages informierte die Freikirche, wie sie Flüchtlingen helfe wolle. Mit Spenden sollen Projekte örtlicher Kirchengemeinden finanziert werden. Drei Freie evangelische Gemeinden berichteten über ihre laufenden Hilfsprojekte. Seit mehreren Jahren hätten verschiedene Gemeinden des Bundes mit Deutschkursen, materiellen Hilfen und internationalen Café-Projekten Erfahrungen gesammelt. Davon könne man in der jetzigen Herausforderung profitieren. Seit Anfang des Jahres sei die Facebook-Seite „FeG-Netzwerk

Flüchtlinge“ als Austausch-Plattform online, die von Pastor Immo Czerlinski (FeG Saarlouis) initiiert wurde.

Willkommen in der Evangelischen Kirche – auf Türkisch

Wer als Muslim eine Kirche besucht und sich neugierig umschaute, wird manche Frage haben. Welche Bedeutung hat der Altar? Warum stehen da Kerzen? Warum hängt an der Kanzel ein kleiner Vorhang? Wozu läuten Glocken? Und was hat eigentlich der Hahn auf dem Kirchturm zu bedeuten? Solche Fragen beantwortet das kleine Heft in Wort und Bild. 19 Begriffe sind einfach, aber präzise erläutert. „Nur wenn wir voneinander wissen, können wir in Frieden miteinander leben und unser Land gemeinsam gestalten“, erklärt dazu Präses Annette Kurschus, leitende Theologin der Evangelischen Kirche in Westfalen.

Die 44-seitige Broschüre im Taschenformat in türkisch-deutscher und auch geplant in arabisch-deutscher Fassung richtet sich an Muslime, die in Deutschland leben, sowie an Partner, Gäste und Besucher aus der Türkei und aus dem arabischen Sprachraum – zum Beispiel Flüchtlinge, die Kirchengemeinden besuchen. Selbst einheimische evangelische Gottesdienstbesucher finden in dem Heft Informationen über ihre Kirche, die auch ihnen oft nicht bekannt sind.

Die Broschüre kann im Internet heruntergeladen werden unter:
<http://kirchenshop-westfalen.de/redirect.php?action=product&id>

Südkoreanischer Kriegsdienstverweigerer Sang- Min Lee aus Haft entlassen

Sang-Min Lee gehört zur „Gnade und Frieden“-Mennonitengemeinde in Seoul. Der 27-Jährige berichtete laut mennonews.de, dass in Südkorea die meisten Christen und Nichtchristen an dem Thema Kriegsdienstverweigerung kein Interesse hätten und eine derartige Haltung sogar ablehnten. Er müsse damit rechnen, dass er als Vorbestrafter auch nach seiner Haft kriminalisiert und in der Gesellschaft als Verweigerer des Militärdienstes geächtet werde.

Die Mennoniten leiten ihren Anfang von der Täuferbewegung des 16. Jahrhunderts ab; sie sind damit die älteste Freikirche. Sie gelten zudem als „historische Friedenskirche“, da sie vielfach den Kriegsdienst ablehnten und deshalb in Regionen auswichen, wo ihnen dieses Recht als Privileg zugesichert wurde. Im 20. Jahrhundert hat sich ihre Verweigerungshaltung vielerorts zu einer aktiven Gewaltfreiheit entwickelt, die sich für Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung mitten in der Gesellschaft einsetzt.

95 Prozent der weltweit inhaftierten Kriegsdienstverweigerer in Südkorea

Die südkoreanische Bürgerrechtsaktivistin Yeo-ok Yang von der Organisation „World Without War“ (Welt ohne Krieg) teilte mit,

dass in ihrem Land derzeit etwa 700 Kriegsdienstverweigerer in Haft seien. Das wären rund 95 Prozent aller weltweit inhaftierten Verweigerer. Die seit Ende des Koreakrieges 1953 bestehenden Spannungen mit Nordkorea benutze die südkoreanische Regierung, um die Militarisierung und ein striktes Militärsystem zu bewahren. Das Land unterhalte bei 50 Millionen Einwohnern eine Armee von 685.000 Männern und Frauen und habe damit die fünftgrößte Armee der Welt. Alle Männer seien wehrpflichtig. Die Dauer des Militärdienstes betrage zwischen 21 und 24 Monaten. Es gebe kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung und deshalb auch keine alternativen waffenlosen oder zivilen Dienste.

Alle, welche die Militarisierung in Südkorea in Frage stellten, zahlten einen hohen Preis, so Yeo-ok Yang. Kriegsdienstverweigerer würden in der Regel zu 18 Monaten Haft verurteilt und in der Gesellschaft diskriminiert. Sie könnten nie einen Arbeitsplatz beim koreanischen Staat bekommen, auch alle Großbetriebe stellten keine Kriegsdienstverweigerer ein.

Gewissenskonflikt auch für südkoreanische Adventisten

Laut Holger Teubert, Ostfildern bei Stuttgart, Leiter des Referats Kriegsdienstverweigerung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, empfehle die Freikirche ihren wehrpflichtigen Mitgliedern weltweit als „Nichtkämpfer“ einen waffenlosen Dienst oder einen Zivildienst zu leisten. Wo dies nicht möglich sei, müsse jeder seine eigene Gewissensentscheidung treffen, ob er eine Waffe in die Hand nimmt. Da es in Südkorea Alternativdienste nicht gebe, kämen auch Adventisten immer wieder in einen Gewissenskonflikt. So seien beispielsweise die adventistischen Studenten Young-chul Yoon und Hwi-jai Lim wegen Kriegsdienstverweigerung ebenfalls zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Dasselbe gelte für fünf weitere Adventisten, welche als Reservisten bei Wehrübungen den Waffendienst verweigerten. Die adventistische Kirchenleitung in Südkorea fordere seit Jahren vergeblich, das Recht auf

Kriegsdienstverweigerung gesetzlich zu regeln.

Hope Channel stellt neues Konzept vor

Das Medienzentrum möchte durch die gegenseitige Ergänzung seiner Angebote den Service für Zuschauer, Zuhörer und Teilnehmer von Bibelkursen verbessern. Das „Internationale Bibelstudien-Institut“ heißt nun „Hope Bibelstudien-Institut“ und wird von Pastor Sven Fockner geleitet. „Wo Hope draufsteht ist auch Hope drin“, sagte Fockner im Rahmen des Festaktes. Es gehe bei den Angeboten darum, Hoffnung zu vermitteln. Die Zusammenarbeit spiegelt sich außerdem in Sendeformaten wieder. Einige Sendungen, die auf Hope Channel gesendet werden, wie z. B. „Unterwegs mit Paulus“ oder „Den Himmel berühren“, sind auch als Bibelkurse verfügbar.

Pastor Klaus Popa, Leiter der Stimme der Hoffnung, hob die Aufgabe des Medienzentrums hervor, Menschen mit Gott bekannt zu machen. Die Bibel liefere Antworten auf existenzielle Fragen. Das Beispiel aus dem Neuen Testament über den christlichen Missionar Philippus, der einem äthiopischen Reisenden beim Verständnis der Bibel half, wählte Pastor Rainer Wanitschek, Präsident der Adventisten in Süddeutschland, als Grundlage seiner Ansprache zum Festakt. „Gott benutzt Menschen, um andere auf ihn aufmerksam zu machen und sie in die Beziehung zu ihm einzuladen“, sagte Wanitschek.

Hope Channel ist ein Radio- und TV-Sender der evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Der Sender gehört

zur internationalen Senderfamilie Hope Channel, die 2003 in den USA gegründet wurde und aus mittlerweile 36 nationalen Sendern besteht. Mehr Informationen unter www.hope-channel.de.

Das Hope Bibelstudien-Institut ist das älteste Institut für kostenlosen Bibelfernunterricht in Deutschland, Österreich und der Schweiz und wurde 1948 gegründet, weil Hörer von christlichen Radiosendungen mehr über die Bibel erfahren wollten. Jährlich melden sich etwa 6.000 Teilnehmer zu den kostenlosen und unverbindlichen Bibelfernkursen an. Mehr Informationen unter www.bibelstudien-institut.de.

Arbeiten an der Lutherbibel abgeschlossen

Ein umfangreiches Projekt mit rund 70 Fachleuten

Im Namen des Rates der EKD dankte der Ratsvorsitzende, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, allen Mitwirkenden für ihre intensive Arbeit „an einem schwierigen und umfangreichen Projekt“. Der Rat hatte zur Koordination der Lutherrevision einen Lenkungsausschuss eingesetzt, in dem rund 70 exegetische Wissenschaftler, praktische Theologen sowie kirchleitende Personen vertreten waren. Auch gehörten die drei Hauptkoordinatoren dem Lenkungsausschuss an: Für das Alte Testament Professor Dr. Christoph Levin, München, für das Neue Testament Professor Dr. Martin Karrer, Wuppertal, und für die Apokryphen Professor Dr. Martin Rösel, Rostock. Die revidierte Bibel soll im Vorfeld des Reformationsjubiläums 2017 am 30.10.2016 offiziell erscheinen.

Die Bibel in der Sprache Luthers neu entdecken

Die Deutsche Bibelgesellschaft (DBG), vertreten durch ihren Generalsekretär, Christoph Rösel, wurde mit der Herstellung und Verbreitung der neuen Bibel betraut. „Die Wiederentdeckung der Bibel durch Martin Luther war ein zentrales Geschehen der Reformation. Das Reformationsjubiläum 2017 bietet die Chance, die Bibel in der Sprache Luthers neu zu entdecken“, so Rösel.

Mit der Übergabe des Textes werde deutlich, dass die jahrelange Arbeit an der Revision der Lutherbibel nicht für den Rat der EKD oder die Deutsche Bibelgesellschaft getan wurde, erklärte Bedford-Strohm. „Alle Beteiligten haben dies für Menschen getan, die mit der Lutherbibel aufgewachsen sind und mit ihr leben. Denen diese Texte Mut, Kraft, Stärke, Trost und Hoffnung geben sowie neue Gesichtsfelder und Gedankenwelten über das alltägliche Leben hinaus eröffnen.“

Die Geschichte der Lutherbibel

Die Lutherbibel geht auf die Übersetzungen des Reformators Martin Luther und seiner Mitarbeiter in den Jahren 1521 bis 1545 zurück. Die Übersetzung des Neuen Testaments erschien im September 1522 (Septembertestament). In den folgenden Jahren wurden kontinuierlich weitere Bücher der Bibel übersetzt, bis 1534 die erste Gesamtausgabe des Alten und Neuen Testaments erschien. Im Jahr 1545 kam die letzte von Luther selbst durchgesehene Gesamtausgabe heraus.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann man die Bibelübersetzungen, die auf Martin Luther zurückgingen, sich aber durchaus unterschieden, kritisch durchzusehen und eine erste Revision vorzunehmen. Sie hatte das Ziel, den ursprünglichen Luthertext wieder herzustellen und diesen an jenen Stellen, wo er nicht mehr verständlich oder unklar war, an den allgemeinen Sprachgebrauch anzugleichen. Immer noch in Gemeinde-Gebrauch ist der Text der zweiten Revision von 1912.

Die dritte und letzte Revision wurde in den Jahren 1964 (Altes Testament), 1970 (Apokryphen) und 1984 (Neues Testament)

abgeschlossen. Zu einer heftigen Auseinandersetzung kam es im Zuge der Revisionsarbeiten im Jahr 1975. Der damals vorgelegte revidierte Text des Neuen Testaments stieß in weiten Teilen der evangelischen Kirche auf zum Teil massive Kritik. Man vermisste vor allem die „Treue gegenüber der Sprache Luthers“. Es wurde eine „Nach-Revision“ vorgenommen, sodass der gesamte Prozess der Revision erst 1984 zum Abschluss kam. Im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Rechtschreibung 1999 wurde der Text noch einmal durchgesehen.

„Zäune in Europa sind ein Konjunkturprogramm für Schlepper“

Demnach habe Heinrich Bedford-Strohm die Initiativen der EU-Kommission für einen verbindlichen Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge ausdrücklich begrüßt und sich beim Kommissionspräsidenten für dessen Einsatz für eine europäische Lösung der Krise bedankt.

Keine Kriminalisierung der Flüchtlinge

Eine Kriminalisierung von Flüchtlingen und eine weitere Abschottung Europas durch Stacheldraht und Militär stünden im Widerspruch zum Gebot christlicher Nächstenliebe, so der Landesbischof und würden das Geschäft der Schlepper nur noch lukrativer machen: „Zäune sind ein Konjunkturprogramm für Schlepper“.

Zivilgesellschaft beweist großes humanitäres Potenzial

Bedford-Strohm habe laut EKD gegenüber Jean-Claude Juncker den vielfältigen ehrenamtlichen Einsatz für die Flüchtlinge in Europa hervorgehoben. Auf seiner jüngsten Reise habe er viel Hilfsbereitschaft und Offenheit erlebt: „So viele Menschen in Ungarn und Serbien packen mit an und helfen den Flüchtlingen. Die europäische Zivilgesellschaft beweist in diesen Tagen ihr großes humanitäres Potenzial.“

Keine einfachen Antworten in der Flüchtlingsfrage

Der EKD-Ratsvorsitzende betonte, dass die ungelöste Flüchtlingsfrage Europa vor eine große Bewährungsprobe stelle. „Einfache Antworten kann es nicht geben“, so Bedford-Strohm. Deshalb setze die EKD sich gemeinsam mit ihrem ökumenischen Partnern für eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge in der EU, die Schaffung menschenwürdiger Aufnahme Standards und den Ausbau legaler und sicherer Wege für Schutzsuchende nach Europa durch Neuansiedlung, Ausstellung humanitärer Visa und erleichterte Familienzusammenführung ein. Die Möglichkeiten für Migranten in der EU Arbeit aufzunehmen, sollten zudem ausgebaut und erleichtert werden.

Kurz vor seiner Zusammenkunft mit Kommissionspräsident Juncker hat EKD-Ratsvorsitzender Heinrich Bedford-Strohm seine Reise nach Ungarn und Serbien beendet. Gemeinsam mit Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin von Brot für die Welt, hatte er sich über die laufenden Hilfsprojekte in der Region informiert.

Egal auf welcher Fluchtroute, egal an welchem Zaun

Nach Besuchen im ungarischen Lager bei Röszke und der serbisch-mazedonischen Grenzregion unterstrich Füllkrug-Weitzel: „Es sind weiterhin zehntausende Menschen als Flüchtlinge in Europa unterwegs. Ändern sich die Routen, folgen wir. Wir stehen den Menschen bei – egal auf welcher Fluchtroute, egal an welchem Zaun.“

Kirche und Großstadt - Kirchen als Zufluchtsort

An der 18. Konsultation der Evangelischen Kirche in Deutschland, die in Zürich stattfindet, würden zahlreiche Kirchenvertreter aus ganz Europa beraten, wie Kirche in einer Großstadt gelebt werde bzw. wie sie in Zukunft gelebt werden soll. In der Zwinglistadt würden städtische kirchliche Entwicklungen und Strukturen diskutiert, schreibt die reformierte Kirche Zürich-Enge auf ihrer Website.

„Was bietet Kirche der Stadt und was erhofft sich eine Stadtgesellschaft von Kirche?“ laute eine der wesentlichen Fragen. Nach EKD-Angaben sollen durch den exemplarischen Besuch interessanter Kirchenräume und ihrer Angebote – wie einer Migrationskirche, Gemeinwesen-Aktionen, sozial-diakonischen Projekten, der Musikkirche oder einem Stadtkloster – Anregungen entstehen, wie ein „geistlicher Atemzug“ in der Stadt erfahrbar und Kirchen zu Zufluchtsorten würden.

In einem Vortrag zum Abschluss der Tagung fasse Prof. Dr. Ralph Kunz, Professor der Praktischen Theologie an der Universität Zürich, die gegenwärtigen Herausforderungen von Kirche in Stadtgesellschaften in einem Vortrag zur „Liturgie der Stadt“ zusammen.

Die Tagung zieht laut EKD auch einen theologischen Bogen zum Reformationsjubiläum 2017.

25 Jahre Verein für Freikirchenforschung

Robert C. Walton (1932-2000), Professor für Kirchengeschichte der presbyterianischen Tradition, hatte die vernachlässigte Erforschung der Freikirchen in Deutschland als ein gesamtkirchliches Defizit erkannt. Der US-Amerikaner wirkte von 1978 bis zu seinem Ruhestand 1993 an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. 25 Jahre nach seiner Gründung zählt der Verein heute 180 Einzelmitglieder aus zwölf Ländern. Es sind Professoren verschiedener Fachrichtungen, Theologen, interessierte Laien, die teilweise in akademischen Bereichen engagiert sind. 21 kirchliche und wissenschaftliche Institute aus verschiedenen Ländern sind kooperative Mitglieder der freikirchlichen Forschungsvereinigung. Die Studiengemeinschaft hat durch ihre Mitglieder aus 27 Kirchen, Gemeindebünden und Gemeinschaften eine breite kirchliche Zusammensetzung.

Frühjahrs- und Herbsttagungen

Das Herzstück der Vereinsarbeit sind die beiden im Beirat vorbereiteten jährlichen Tagungen im Frühjahr und Herbst, so Professor Dr. Christoph Raedel, Gießen, der Vorsitzende des VFF. Zu einem Markenzeichen habe sich das Jahrbuch des Vereins entwickelt, das zunehmend eine breitere Wahrnehmung finde und von ehrenamtlich tätigen Mitarbeitenden erstellt werde. Seit 1990 haben fast fünfzig mehrtägige Symposien stattgefunden. In 24 Jahrbüchern ist eine Vielzahl von Vorträgen dokumentiert. Sie befassen sich mit Erfahrungen, Entwicklungen und Problemen in den verschiedenen Freikirchen. „Ganz unterschiedliche Impulse sind von dieser Arbeits- und Studiengemeinschaft ausgegangen“, informierte Raedel. Die Erforschung des sehr verschiedenen Freikirchentums im deutschsprachigen Europa sei deutlich gefördert worden. Völlig neu wäre, dass die

Minderheitskirchen sich gemeinsam ganz unterschiedlichen Fragen gestellt hätten, auch wenn sie in den einzelnen Kirchen verschieden gewichtet würden. „Das beständig gewachsene Vertrauen zueinander hat eine außerordentlich fruchtbare Arbeit ermöglicht“, betonte der Vorsitzende des VFF.

Freikirchenbibliothek des VFF

Professor Raedel weist auch auf die Fachbibliothek des Vereins hin, in der wichtige die Freikirchen betreffende Bücher und Zeitschriften gesammelt werden. Sie war etliche Jahre in privaten und kirchlichen Räumen untergebracht, was die wissenschaftliche Nutzung erschwerte. Da der Bestand einige Tausend Quellen aufwies, wurde eine professionelle Lösung gesucht. Ende März 2000 beschloss der Verein, die Bibliothek in der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebententags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg unterzubringen. Die dortige Hochschulbibliothek war damals bereits an den Deutschen Leihverkehr und auch an das Internet angebunden. Der Umzug erfolgte Anfang März 2002. Die Angestellten der Friedensauer Hochschulbibliothek sortierten die Bestände und erfassten die Daten, um sie für die Internetrecherche vorzubereiten. Auch buchtechnische Arbeiten übernahmen sie, um den wertvollen, zum Teil weltweit einmaligen Bestand, entsprechend zu schützen. Der überwiegende Teil der Medien ist inzwischen in einer „allegro“-Datenbank erfasst und kann in der Bibliothek und über das Internet recherchiert werden (<http://www.thh-friedensau.de/bibliothek/katalog-der-freikirchenforschung/>).

„Ein weites Spektrum mit vielen ungeahnten Einsichten“

Durch die beiden jährlichen Symposien des VFF könnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie damit auch deren Kirchen Einsichten gewinnen, „für die es innerhalb Deutschlands kaum andere Möglichkeiten gibt“, betonte Karl Heinz Voigt, Bremen, Pastor im Ruhestand der evangelisch-methodistischen Kirche und Autor mehrerer konfessionskundlicher Werke. Die Frühjahrstagung 2014 in der Theologischen Fachhochschule

Elstal des baptistischen Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Wustermark bei Berlin befasste sich beispielsweise mit „Friedenstheologie und Friedensengagement in den Freikirchen“. Das Thema sei durch Professor Fernando Enns, einem Mennoniten aus Amsterdam, entfaltet worden. Weitere Referate gab es von der Quäkerin Dr. Susanne Jalka aus Wien, der Majorin der Heilsarmee Christine Schollmeier, Hamburg, und dem Leiter des Referats Kriegsdienstverweigerung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Pastor Holger Teubert (Ostfildern bei Stuttgart). Es seien Denkanstöße gewesen, die selten in dieses Thema einfließen würden. Ein früherer landeskirchlicher Bundeswehrpfarrer und ein Doktorand über Soldatenarbeit in den Freikirchen hätten zu teilweise völlig anderen Fragestellungen geführt. Das Gespräch über die Erfahrungen ehemaliger DDR-Bausoldaten habe Fragen aus der jüngsten Vergangenheit für die unmittelbare Zukunft gestellt. „Wo ist außer im Rahmen der Freikirchenforschung ein Raum, der ein Thema in einem so weiten Horizont entwickeln kann?“, gab Voigt zu bedenken.

Ähnlich sei es auch mit dem Herbstthema 2014 „Die Freikirchen zwischen politischer Duldung und religiöser Freiheit“ gewesen. Landeskirchliche und freikirchliche Referenten hätten im Vorfeld des Reformationsgedenkens ihre Erfahrungen zum Thema eingebracht. Zuletzt ging es im März 2015 um „Kirchenwechsel – ein Tabuthema der Ökumene?“. Der verantwortliche VFF-Beirat wäre immer darum bemüht, Referenten aus sehr unterschiedlichem Hintergrund zu gewinnen: „Natürlich aus allen Freikirchen, teilweise auch international engagierte Spezialisten.“ Regelmäßig stünden auch Lutheraner, Katholiken und Reformierte auf dem Programm. „Alle zusammen eröffnen ein weites Spektrum mit vielen ungeahnten Einsichten“, betonte Karl Heinz Voigt.

Herbsttagung 2015

Bei der Herbsttagung am 26. und 27.9.2015 in der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg werde nicht nur das 25-jährige

Jubiläum des Vereins für Freikirchenforschung gefeiert, sondern auch „Bilanzen und Perspektiven der Freikirchenforschung“ gezogen, informierte Reimer Dietze, Erzhausen bei Frankfurt/Main, Geschäftsführer des VFF. Dabei gehe es um Themen, wie „Freikirchen in römisch-katholischer Sicht“, „Adventistische Geschichtsforschung“, „Pfingstkirchenforschung“, „Die Erforschung ‚neuer‘ Freikirchen“, „Methodistische Geschichtsforschung“ und „Perspektiven aus der Historiographie der Gemeinschaftsbewegung“. Weitere Informationen zum VFF im Internet unter <http://www.freikirchenforschung.de/>

Adventistische Gruppe im Emirat Fudschaira/VAE gegründet

Laut einem Bericht der adventistischen Kirchenleitung in Beirut/Libanon, die für den Mittleren Osten und Nordafrika (MENA) zuständig ist, haben 25 ausländische Adventisten, vorwiegend Gastarbeiter aus Südostasien und Afrika, die im Emirat Fudschaira arbeiten, eine kirchliche Gruppe gegründet. Eine adventistische Kirchgemeinde wird die Gruppe erst ab einer gewissen Mitgliederzahl und nach der Zustimmung der zuständigen Kirchenleitung.

„Geht im Glauben voran“, ermutigte Pastor Steven Manoukian, Präsident der adventistischen Kirchenleitung im Golf-Feld, die Gläubigen. Der auf die Bibel gegründete Glauben verändere Leben, „das eigene Leben, aber auch jenes der Mitmenschen“.

Adventisten im Emirat Fudschaira

Das Emirat Fudschaira ist 1.165 Quadratkilometer groß und hat rund 152.000 Einwohner. Ab 2002 hätten sich die Adventisten im Emirat Fudschaira jeweils am Freitag versammelt, sagte die Leiterin der neu gegründeten kirchlichen Gruppe, Lorraine Bayot. Das Wochenende sei damals in den VAE-Staaten auf Donnerstag und Freitag festgesetzt gewesen. 2006 hätten die Emirate das Wochenende auf Freitag und Samstag verlegt, sodass sich die Adventisten weiterhin am Freitag versammelt hätten. Einige hätten zusätzlich den adventistischen Gottesdienst am Samstagmorgen im 30 Kilometer entfernten Dubai besucht. Die evangelische Freikirche der Adventisten feiert den biblischen Ruhetag am Samstag (Sabbat). Ab 2009 habe sich die zunehmende Zahl der Adventisten im Emirat Fudschaira am Samstagmorgen in der Wohnung eines Kirchenmitglieds versammelt, dann in einem gemieteten Raum und später im Hotel Concorde, berichtete die amerikanische Kirchenzeitschrift Adventist Review.

Adventisten in den Vereinigten Arabischen Emiraten

Zur adventistischen Kirchenleitung im Golf-Feld gehören die Staaten Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Vereinigte Arabische Emirate (VAE) sowie Jemen. Im Golf-Feld gibt es 16 adventistische Kirchen und fünf kirchliche Gruppen, davon sind acht Kirchgemeinden und zwei Gruppen in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Im Golf-Feld sind sieben adventistische Pastoren tätig. Umm al-Qaiwain ist das einzige Emirat der VAE ohne adventistische Gruppe oder Kirchgemeinde. Die dort lebenden Adventisten versammelten sich im nahegelegenen Emirat Ra's al-Chaima. Die adventistische Kirche in Ra's al-Chaima, am Hauptsitz der adventistischen Kirchenleitung der Golfregion, bietet 1.000 Gottesdienstbesuchern Platz.

In den sieben Vereinigten Arabischen Emiraten leben 5,47 Millionen Einwohner. Davon sind rund 80 Prozent Arbeitsimmigranten, vorwiegend Asiaten, aus denen sich auch die überwiegende Mehrheit der Adventisten in der Föderation der VAE zusammensetzt.

Flüchtlinge beim Deutschkurs der Theologischen Hochschule Friedensau

Für den neunmonatigen Intensivkurs „Deutsch als Fremdsprache“ hätten sich wie in jedem Jahr junge Leute aus aller Welt an der Hochschule eingeschrieben. Die Kursteilnehmer bereiteten sich damit auf ein Studium in Deutschland vor, teilte Andrea Cramer, Pressesprecherin der Hochschule mit. Sie kämen aus den USA, aus Ungarn, Frankreich, Laos, Mexiko, Peru, Korea und Bosnien-Herzegowina. Zusätzlich würden nun drei Flüchtlinge aus Syrien und einer aus dem Irak den Kurs besuchen. In kleinen Lerngruppen werde mit aktuellen Lernmaterialien in einem modernen Sprachlabor unterrichtet. Exkursionen zu den Lutherstätten und in nahegelegene Großstädte rundeten das Kursprogramm ab. Laut Cramer solle dadurch Deutsch nicht nur theoretisch begriffen, sondern auch in der Praxis angewendet werden können.

Auf die Erhebung von Gebühren verzichte die Theologische Hochschule bei den vier Flüchtlingen. Allerdings seien die Kosten für Lehrmaterialien, Exkursionen und das Mittagessen in der Mensa nur teilweise finanziert, die Kosten der Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln von Burg bei Magdeburg, wo die Migranten wohnen, nach Friedensau gar nicht. Deshalb rufe die Friedensauer Hochschul-Stiftung zu einer Spende auf.

Weibliche Genitalverstümmelung – ein weltweites Problem

150 Millionen Frauen und Mädchen betroffen

Weibliche Genitalverstümmelung, englisch „Female Genital Mutilation“ (FGM), sei ein grausames und leider weit verbreitetes Ritual, informierte der Leiter des „Desert Flower Center“ Waldfriede, der Chefarzt und Ärztliche Direktor des Krankenhauses, Professor Dr. med. Roland Scherer, in seinem Impulsvortrag. Alle elf Sekunden werde weltweit ein Mädchen durch die sogenannte rituelle Beschneidung der Genitalien verstümmelt. Jeden Tag teilten 8.000 Mädchen dieses Schicksal. Global seien nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) etwa 150 Millionen Frauen und Mädchen beschnitten. FGM geschehe nicht nur in bestimmten Regionen Afrikas, sondern auch in einigen Ländern Asiens. Durch die Migration käme dieses Problem auch nach Nordamerika, Europa und Australien. Selbst in Deutschland einschließlich Berlin lebten bis zu 50.000 Opfer.

Zehn Prozent der Mädchen sterben

Bei der Genitalverstümmelung würden einem Mädchen im Alter von vier bis zwölf Jahren die Klitoris sowie häufig auch die inneren und äußeren Schamlippen abgeschnitten. Die Beschneidung werde von professionellen Beschneiderinnen, traditionellen Hebammen oder Großmüttern durchgeführt. Diese hätten kaum medizinische Kenntnisse. Die etwa 15 Minuten dauernde Prozedur geschehe ohne Narkose und völlig unhygienisch. Zehn Prozent der Mädchen würden deshalb an den unmittelbaren Folgen und weitere 25 Prozent an langfristigen

Komplikationen von FGM sterben. Das sehr alte Ritual gehe auf die Pharaonenzeit in Ägypten zurück und sei schon an Mumien aus dem 17. Jahrhundert v. Chr. nachweisbar.

Ganzheitliche Hilfe im „Desert Flower Center“ Waldfriede

Das „Desert Flower Center“ Waldfriede in Berlin-Zehlendorf wurde am 11.9.2013 als weltweit erste Einrichtung eröffnet, die genitalverstümmelte Frauen ganzheitlich versorgt. Schirmherrin des Centers ist das ehemalige Model Waris Dirie. Seit 2002 setzt sie sich mit ihrer „Desert Flower Foundation“ in Wien für die Rechte afrikanischer Frauen und gegen das Ritual der Beschneidung ein.

Bei den medizinischen Eingriffen gehe es laut Scherer um die Behandlung von Komplikationen nach FGM, wie Vernarbungen, Scheiden-Darm-Fisteln, Scheiden-Blasen-Fisteln, Schließmuskelverletzungen sowie Harn- und Stuhlinkontinenz. Auch die Plastische Wiederherstellungschirurgie zur Rekonstruktion der Klitoris und des äußeren Genitales sei im „Desert Flower Center“ möglich, ebenso eine psychosoziale Betreuung und Beratung. Neben Fachärzten der Bereiche Proktologie und Urogynäkologie des Krankenhauses „Waldfriede“ arbeite im Bereich Plastische Chirurgie Dr. med. Uwe von Frischen, Chefarzt der Klinik für Plastische und Ästhetische Chirurgie, Helios Klinikum Emil von Behring, Berlin, im „Desert Flower Center“ mit. Scherer gab allerdings zu bedenken: „Wir können die Verstümmelungen der Frauen nicht vollständig rückgängig machen, aber wir können ihnen Lebensqualität zurückgeben.“ In den beiden letzten Jahren seien in „Waldfriede“ etwa 70 Frauen operiert worden.

Die ärztliche Koordinatorin im „Desert Flower Center“, die Oberärztin für Chirurgie Dr. med. Cornelia Strunz, berichtete, dass sich von den 81 Frauen, welche seit Eröffnung zu ihrer Sprechstunde kamen, nur etwa die Hälfte operieren ließ. Die meisten seien traumatisiert. Deshalb stünde für sie auf Wunsch auch ein Team mit einer Psychotherapeutin, einer Pädagogin, einer Seelsorgerin sowie Beraterinnen und Dolmetscherinnen

bereit. Monatlich treffe sich eine Selbsthilfegruppe.

Ohne Beschneidung eine Außenseiterin

„Wenn du nicht beschnitten bist, bist du keine Frau, sondern ein kleines Mädchen. Kein Mann wird dich heiraten.“ Mit diesen Worten werde in bestimmten Kulturen Druck ausgeübt, betonte die aus Kenia stammende Mitarbeiterin im „Desert Flower Center“, Evelyn Brenda. Sie betreut zudem in Kaijado/Kenia ein Internat, das 170 Mädchen Zuflucht vor Beschneidung und Zwangsheirat sowie eine Schulbildung ermöglicht. Um hier ein Umdenken zu bewirken, müssten alle Familienmitglieder einschließlich der Männer mit einbezogen werden. Wo sich durch schulische Bildung und Aufklärung die Stellung der Frauen verbessere, könne die Genitalverstümmelung zurückgedrängt werden. Sie selbst sei als einzige Frau ihrer Familie von diesem Ritual verschont geblieben, weil ihr Vater es nicht wollte. „Dafür bin ich ihm noch heute unendlich dankbar“, betonte sie. Dennoch gelte sie in der eigenen Verwandtschaft als Außenseiterin.

Andere Afrikanerinnen berichteten, was es für sie bedeute, sich nach der Operation wieder als Frau zu fühlen. Sie wiesen darauf hin, dass FGM eine so tief verwurzelte Tradition sei, dass sie auch in Deutschland praktiziert werde. Dazu kämen sogar Beschneiderinnen aus Afrika, um die Genitalverstümmelung heimlich durchzuführen. Oder das Mädchen werde zu Verwandten in ihr Heimatland geschickt, um dort beschnitten zu werden. Doch das gelte als Tabuthema und darüber würde nicht gesprochen. So sei es kaum denkbar, dass etwa eine Mutter die Beschneiderin bei den Behörden anzeige. Sie würde aus ihrer Familie ausgestoßen und hätte auch keinen Zugang mehr zu ihren Kindern.

Die Politik ist gefordert

Der Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Wellmann (CDU), Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, sagte: „Man steht dieser Situation fassungslos gegenüber. Ein Kind wird von Deutschland ins Ausland gebracht, um beschnitten zu werden!“ Hier sei die

Politik gefordert. Er informierte, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Strategien gegen Genitalverstümmelungen entwickle. So sollen beispielsweise Organisationen in Afrika finanziell unterstützt werden, die über FGM in den Dörfern aufklären.

Frank Schwabe, Bundestagsabgeordneter und Menschenrechtspolitiker der SPD, wies darauf hin, dass in Deutschland FGM ein Verbrechen sei und bestraft werde. Auch das Kind ins Ausland zur Beschneidung zu schicken sei strafbar.

Strafe allein werde aber das nicht Problem lösen, gab die Staatssekretärin für Integration und Frauen des Landes Berlin, Barbara Loth (SPD), zu bedenken. Zwar sollten Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, bereits in den Flüchtlingsheimen darüber informiert werden, dass sie sich strafbar machen, wenn sie weiterhin FGM praktizieren, doch gehöre mehr dazu, um eine jahrtausendalte Tradition zu überwinden. Es sei hierbei sehr viel Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit zu leisten waren sich die Politiker einig.

„Waldfriede“ mit umfangreichem Angebot

Das 160-Betten Krankenhaus „Waldfriede“ in Berlin-Zehlendorf ist akademisches Lehrkrankenhaus der Charité-Universitätsmedizin Berlin und behandelt jährlich etwa 13.000 Patienten stationär und 48.000 ambulant. Neben elf Fachabteilungen gehört zu „Waldfriede“ ein ambulanter häuslicher Pflegedienst (Sozialstation), eine Kurzzeitpflege, die Akademie für Gesundheits- und Krankenpflege, das Projekt „Babywiege“ (Babyklappe) für Mütter in Not sowie eine Kindertagesstätte. Schon 1993 entstand das Gesundheitszentrum „PrimaVita“ mit präventiv-medizinischem und gesundheitsförderndem Auftrag als erste krankenhauseigene Einrichtung ihrer Art in Deutschland. Das Krankenhaus ist unter anderem Mitglied im Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz sowie Teil des weltweiten „Adventist Health System“ der Siebenten-Tags-Adventisten.

Weitere Informationen unter www.waldfriede.de

ADRA unterstützt Flüchtlinge in Syrien, Libanon und im Nordirak

Nordirak: Projekt für Unterkunft und Mietunterstützung

Das Büro von ADRA Kurdistan wurde am 2.12.2014 in Erbil, Hauptstadt des teilautonomen kurdischen Gebiets im Nordirak, eröffnet. Es arbeiten neben den ADRA-Mitarbeitern auch sieben Freiwillige mit. In Derin können 350 Binnenflüchtlinge in den vom Hilfswerk ausgewählten Geschäften ADRA-Gutscheine einlösen.

Im gebirgigen Pirmagrün hat ADRA ein Projektbüro eingerichtet. 900 Flüchtlingsfamilien sollen dort ab Mitte September Hygieneschulung und Sozialberatung sowie später auch ADRA-Gutscheine erhalten. Bis zum Projektende, Mitte Januar 2016, sollen rund 2.000 Binnenflüchtlingsfamilien, die nicht in Lagern leben, psychosoziale Begleitung sowie Mietzuschüsse erhalten.

Freizeitbeschäftigung, Sprachkurse und Mikrokredite

Im Binnenflüchtlingslager Baharka, am Stadtrand von Erbil, stellt ADRA Kurdistan vier Frauen moderne Nähmaschinen zur Verfügung, um ihnen den Aufbau eines Geschäfts zu ermöglichen. In den Sommermonaten nahmen im Lager auch 450 Kinder an spielerischen, musischen und kulturellen Freizeitaktivitäten teil. 94 Erwachsene lernten in einem Sprachkurs Kurdisch.

Situation der Binnenflüchtlinge im Nordirak

Nach Angaben des UNO-Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten OCHA ist die Bereitstellung von Trinkwasser für die Binnenflüchtlinge im Nordirak ein vordringliches Anliegen. Zudem habe das UNO-Welternährungsprogramm WFP den Wert der 83.000 monatlichen Essensgutscheine für Flüchtlinge, die im Gouvernement Erbil und Sulaimaniyya verteilt würden, mangels Gelder von 26 auf 16 US-Dollar im Monat reduzieren müssen. Eine Million Flüchtlingskinder im Nordirak seien Schulkinder. 70 Prozent von ihnen hätten ein Schuljahr verpasst, so OCHA.

ADRA MENA hilft in Syrien und im Libanon

Laut einem Bericht von ADRA Mittlerer Osten und Nordafrika (MENA) arbeiten für das Hilfswerk in Syrien und im Libanon 18 Mitarbeitende aus sieben Ländern. Das ADRA-Projektvolumen in diesen zwei Ländern betrage für 2015 rund 1,6 Millionen US-Dollar (1,4 Millionen Euro).

Syrien: Fertigstellung von Häusern im Rohbau

Das Hilfswerk unterstütze 350 Binnenflüchtlingsfamilien in Jdeidet, Artouz und Karahta, außerhalb der Hauptstadt Damaskus/Syrien, durch die Fertigstellung von Rohbauten und deren Anschluss an die Kanalisation. Gleichzeitig würden Erwachsene und Kinder auf die Wichtigkeit von Hygienemaßnahmen hingewiesen, um Krankheiten zu vermeiden. Weil das Stromnetz zerstört sei, würden den Flüchtlingen auch Generatoren bereitgestellt, schrieb ADRA MENA. Partnerhilfswerk ist ADRA Dänemark.

Libanon: Schulunterricht für Flüchtlingskinder

In einem geschützten Lernumfeld sollen in Beirut/Libanon im Herbst und Winter 120 traumatisierte Flüchtlingskinder die Schule besuchen können, um später ins libanesisches Schulsystem wechseln zu können. Psychosoziale Aktivitäten mit 60 libanesischen Kindern, jeweils am Freitag, sollen den 120 Flüchtlingskindern helfen, den seelischen Stress zu lösen und ihnen die Integration erleichtern. Partnerhilfswerk ist Japan

Plattform.

Weltbildungstag – „Investition in Bildung bringt beste Zinsen“

„Eine Investition in Wissen bringt noch immer die besten Zinsen“, sagte Benjamin Franklin (1706 – 1790), US-amerikanischer Politiker und Wissenschaftler. In den letzten 15 Jahren sei dank der acht Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen viel erreicht worden, schreibt ADRA Schweiz. Demnach sollte bis 2015 sichergestellt sein, dass Mädchen und Jungen eine Primarschulbildung abschließen könnten. Dennoch bleibe der Zugang zu Bildung für einen Teil der Kinder und vor allem für Mädchen in vielen Ländern erschwert, so ADRA.

Bildung sei für die Arbeit des Hilfswerks einer der drei thematischen Schwerpunkte. ADRA Schweiz helfe, den Zugang zu Bildung zu verbessern. Gefährdete Kinder sollen damit vor Ausbeutung oder Marginalisierung – dem Abdrängen an den Rand der Gesellschaft – geschützt werden.

Kurzvideo zum Weltbildungstag

Das zum Weltbildungstag vom 8. September veröffentlichte Kurzvideo von ADRA wolle aufzeigen, welche Probleme bezüglich Bildung am ehesten auftreten würden und wie das Hilfswerk diesen begegne. Link zum Video: <http://ow.ly/RS6D0>

Adventisten in der Schweiz wählen Kirchenleitung

Die 4.537 erwachsen getauften Adventisten in der Schweiz sind nach Sprachzugehörigkeit in zwei Vereinigungen aufgeteilt: in die „Deutschschweizerische Vereinigung“ DSV mit Sitz in Zürich und in die „Fédération de la Suisse Romande et du Tessin“ FSRT mit Sitz in Renens. Beide Verwaltungsregionen bilden gemeinsam die Schweizer Union, die nationale Kirchenleitung. Alle fünf Jahre findet eine Generalversammlung mit Delegierten aus den Gemeinden statt, welche den Vorstand und die Geschäftsleitung wählt sowie die Berichte entgegen nimmt.

Neue Geschäftsleitung

Als Präsident der Schweizer Adventisten wurde Pastor Günter Maurer gewählt, der gleichzeitig auch Präsident der Adventisten in der Deutschschweiz ist. Exekutivsekretär wurde Pastor David Jennah, der als Präsident der Adventisten in der welschen Schweiz sowie im Tessin amtiert. Jean-Luc Waber wurde zum Finanzchef gewählt, der in dieser Funktion auch in der Deutschschweizerischen Vereinigung tätig ist.

Die Statuten der Schweizer Union schreiben vor, die Aufgaben der Geschäftsleitungsmitglieder auf Unionsebene mit Geschäftsleitungsmitgliedern der beiden Vereinigungen zu besetzen. Zudem besteht eine Absprache zwischen beiden Vereinigungen, dass das Amt des Präsidenten sowie des Exekutivsekretärs der Schweizer Union alle fünf Jahre zwischen den jeweiligen Vereinigungspräsidenten wechselt, sagte Günther

Maurer.

Neuer Vorstand mit drei Frauen

In den achtköpfigen Vorstand der Schweizer Union der Siebenten-Tags-Adventisten wurden auch drei Frauen gewählt. Neben den Mitgliedern der Geschäftsleitung gehören dem Vorstand folgende Personen an: Silvana Gasser, Anneliese Béal und Rickson Nobre (FSRT) sowie Evelyn Studer und Martin Wälti (DSV).

Mitgliederzahl der Adventisten in der Schweiz ist leicht gewachsen

Laut dem Bericht des ehemaligen Exekutivsekretärs ist die Zahl der Adventisten in der Schweiz in den vergangenen fünf Jahren um 227 Personen gewachsen. Dies sei aber primär „Transferwachstum“ und stamme daher, dass mehr Adventisten aus dem Ausland zugewandert als ausgewandert seien. Ende 2014 gab es in der Schweiz 4.537 erwachsen getaufte Mitglieder, die jeweils am Samstag (Sabbat), dem biblischen Ruhetag, in rund 50 Gemeinden Gottesdienst feiern.

Einige Hundert Kinder und Jugendliche sind in der Mitgliederzahl nicht enthalten, da die protestantische Freikirche keine Kinder tauft, sondern ihnen die Entscheidung zum Kirchenbeitritt in einem Alter überlässt, wenn sie sich selbst entscheiden können. Weltweit gehören über 18,5 Millionen Personen der Kirche an.

Institutionen und Werke der Adventisten in der Schweiz

Die Adventisten in der Schweiz führen die „Privatschule A bis Z“ in Zürich, zwei Jugendhäuser, in St. Stephan und Les Diablerets, drei Alters- und Pflegeheime in Epalinges, Krattigen und Oron, sowie zwei Altenwohnheime in Gland und Krattigen, den Advent-Verlag in Krattigen sowie eine Versandstelle für französische Bücher in Renens. Im Weiteren unterhalten sie das „Internationale Bibelstudieninstitut“ (IBSI) und das Religionspädagogische Institut (RPI) in Zürich sowie das „Institut d'Etude de la Bible par Correspondance“

(IEBC) in Renens. In Gland befindet sich die Klinik „La Lignière“, spezialisiert auf Rehabilitation bei Herz-Kreislaufkrankungen.

Ausbildung für Pastoren und Pastorinnen

Die Pastoren und Pastorinnen der Deutschschweiz werden vor allem am „Theologischen Seminar Bogenhofen“ in Oberösterreich ausgebildet, das von den Adventisten in der Deutschschweiz und Österreich gemeinsam getragen wird. Die Pastoren der welschen Schweiz lassen sich vorwiegend am „Campus Adventiste du Salève“ in Frankreich ausbilden.

Zu den gesamtschweizerischen Werken zählt die „Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe“ ADRA Schweiz mit Sitz in Zürich. Der „Adventistische Pressedienst“ APD Schweiz, Basel, richtet seine Dienste vor allem an die säkularen sowie kirchlichen Medien. Die Schweizerische „Liga Leben und Gesundheit“, Zürich, bietet mit ihren Seminaren in rund 40 Ortsgruppen ganzheitliche Gesundheitsförderung an: körperlich, seelisch, spirituell und sozial.

Ökumenische Kontakte

Die Adventisten sind Mitglied der Schweizerischen Bibelgesellschaft (SB) und haben den Gaststatus in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Schweiz (AGCK-CH). In sieben kantonalen Arbeitsgemeinschaften Christlicher Kirchen (AG, BL/BS, GE, SH, TI, VD, ZH) sind sie Mitglieder oder haben den Gaststatus.

ADRA Slowenien sendet Hilfsgüter per Zug nach Belgrad

ADRA Slowenien konnte am 28. August 2,5 Tonnen Hilfsgüter für Flüchtlinge per Flugzeug auf die griechische Insel Lesbos fliegen lassen, da Adria Airways und weitere Beteiligte sämtliche Kosten übernommen hatten. In Molinos, auf Lesbos, hat ADRA Slowenien Freiwillige, die den Flüchtlingen die Hilfsgüter verteilen und beistehen.

Zuvor und danach waren in einer landesweiten Sammlung, die auch vom slowenischen Fernsehen unterstützt wurde, mehr als 16 Tonnen Kleider, Schuhe, Schlafsäcke, Zelte, Decken, Kinderwagen, Hygiene- und Toilettenartikel zusammengekommen. Davon konnte ADRA Slowenien am 4. September 9,4 Tonnen per Zug von Ljubljana zu ADRA Serbien in Belgrad transportieren lassen. Die Frachtkosten sind nach Angaben von ADRA Slowenien von den slowenischen Staatsbahnen übernommen worden. ADRA Serbien hat gemeinsam mit dem UNHCR am 24. August neben dem Eisenbahn- und Busbahnhof in Belgrad ein Asyl- Informationszentrum eröffnet, wo die Hilfsgüter an die Flüchtlinge verteilt werden.

„Wir haben noch weitere sechs Tonnen Hilfsgüter, die wir noch nicht weiterleiten konnten“, sagte Maja Ahac, Geschäftsleiterin von ADRA Slowenien. Wie sie die restlichen Hilfsgüter zu den Flüchtlingen bringen könne, wisse sie noch nicht, denn die Transportkosten seien sehr teuer. Sie halte aber schon aktiv Ausschau nach Spendern oder Projektpartnern.

Vorbereitet für Flüchtlinge in Slowenien

Auch in Slowenien würden in den kommenden Tagen Flüchtlinge erwartet. Gemeinsam mit anderen slowenischen NGOs würden entsprechende Vorbereitungen getroffen. ADRA sei zuständig für

Non-Food-Produkte, Hygiene-Kits, die Kommunikation über Social Media und psychosoziale Begleitung.

Koordination von ADRA-Projekten auf der Westbalkan-Route

In Belgrad habe sie Igor Mitrovic, Geschäftsleiter der Partnerorganisation ADRA Serbien, getroffen, so Maja Ahac, um weitere Projekte für Flüchtlinge auf der Westbalkan-Route zu besprechen, die sie möglicherweise mit ADRA Mazedonien und ADRA Griechenland verwirklichen könnten.

„Wir leben jenseits des Gartens Eden“

Deutschland ist kein Paradies

Für viele Flüchtlinge sei Deutschland ein Paradies. Doch hier angekommen, hörten sie auch die Rufe: „Ihr habt hier nichts zu suchen!“, gab die evangelisch-methodistische Bischöfin und stellvertretende Vorsitzende der ACK Deutschland, Rosemarie Wenner (Frankfurt/Main), in ihrer Predigt zu bedenken. Borna habe die ACK gewählt, weil sich dort besonders zeige, wie eine geschundene Natur wieder verändert werden könne. Nach vielen Jahren des Braunkohletagebaus wurde die Landschaft um Borna durch Renaturierungsprojekte in das Naherholungsgebiet „Leipziger Neuseenland“ verwandelt.

Allerdings habe die Renaturierung auch die Grenzen des menschlich Machbaren aufgezeigt und neue Probleme geschaffen, da viele ihre Arbeitsplätze im Braunkohletagebau verloren. „Wir sind nicht angekommen im Paradies“, stellte Bischöfin Wenner fest. „Wir leben jenseits des Gartens Eden.“ Die

Schöpfung leide, sagte Wenner in Anlehnung an eine Passage aus dem Römerbrief des Apostels Paulus. „Das Wunderwerk der Schöpfung ist nicht nur vom natürlichen Kreislauf von Werden und Vergehen gekennzeichnet, es ist auch durch den Größenwahn und Eigennutz der Menschen bedroht“, so die Bischöfin. Neues Leben breche sich dort Bahn, wo Menschen die Natur achten sowie große und kleine Schritte unternehmen, sie zu bewahren. „Wir Menschen schaffen aber keine paradiesischen Zustände. Wir sind ja nicht die Herren der Schöpfung, auch wenn Gott uns schöpferische Fähigkeiten gegeben hat.“ Das eigentliche Paradies werde Gott noch schaffen, wenn Jesus wiederkommt. „Christen rechnen mit der Erneuerung und handeln in der Hoffnung, dass Gott auch aus unserem unvollkommenen Leben etwas Ganzes macht.“

Den Schöpfer loben, die Schöpfung bewahren

Seit dem Jahr 2010 feiert die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland jährlich am ersten Freitag im September einen „Ökumenischen Tag der Schöpfung“. Er geht auf eine Anregung des damaligen Ökumenischen Patriarchen und Ehrenvorstehers der orthodoxen Christenheit, Dimitrios I. (1914-1991), zurück, einmal im Jahr „gemeinsam zum Schöpfer zu beten“. Dieser Tag wird bundesweit begangen und regt dazu an, das Lob des Schöpfers als Christen gemeinsam anzustimmen und gleichzeitig die eigenen Aufgaben für die Bewahrung der Schöpfung in den Blick zu nehmen. In den Gemeinden kann der Schöpfungstag auch an einem anderen Tag innerhalb des Zeitraums vom 1. September bis 4. Oktober gefeiert werden.

Die ACK in Deutschland hat das Grundlagenheft „Gottes Schöpfung feiern – Ökumenischer Tag der Schöpfung“ überarbeitet und neu herausgegeben. Darin wird Geschichte und Anliegen des Schöpfungstages erläutert. Das Heft enthält zudem Materialien für die eigene Vorbereitung und Durchführung von Gottesdiensten sowie Ideen für die Gestaltung der Schöpfungszeit.

Weitere Informationen: www.schoepfungstag.info

Heilsarmee hilft Flüchtlingen

Unterkünfte

So habe die Gemeinde der Heilsarmee in **Leipzig** zehn Syrer und zwei Iraker in ihren Räumlichkeiten untergebracht und biete darüber hinaus verschiedene Programme wie Fußballturniere, ein Spielmobil und Deutschkurse an. Ein weiteres Angebot sei der Transport von Sachspenden und Möbeln in Flüchtlingsunterkünfte und -wohnungen. Allein im August seien etwa 50 Familien mit Kleidung, Möbel, Haushaltswaren und Transporten unterstützt worden.

In **Naumburg** habe die Heilsarmee eine syrische Familie in einer zuletzt leer stehenden Wohnung einquartiert, die sonst für die Suchthilfe-Arbeit genutzt werde. Die Gemeinde habe zudem in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Kirche in ihren Räumlichkeiten das „Café Miteinander“ eröffnet, wo Netzwerktreffen der Flüchtlingsarbeit stattfinden und auch die Flüchtlinge selbst willkommen wären.

In **Dresden** wohnten in einem von der Heilsarmee betriebenen Übergangwohnheim ebenfalls Flüchtlinge. Hier seien zwei obdachlose Syrer untergebracht. Auch im Wohn- und Übernachtungsheim in **Göttingen** würden auf Anfrage des Jugendamtes gerade drei Doppelzimmer für sechs unbegleitete minderjährige Flüchtlinge eingerichtet, die vorwiegend aus Afghanistan stammten. Die Heilsarmee-Gemeinde **Chemnitz-Kaßberg** habe der Kommune angeboten, eine sozialpädagogisch begleitete Wohngruppe für jugendliche Flüchtlinge einzurichten. In **Gelsenkirchen** habe die Heilsarmee der Stadt eine leer stehende

Wohnung für eine Familie angeboten.

Sprachkurse und weitere Angebote

Hilfe beim Erlernen der deutschen Sprache gehöre ebenfalls zum Programm der Heilsarmee. So stelle die Gemeinde in **Guben** kostenlos ihre Räume für einen Deutsch-Sprachkurs zur Verfügung, den ein Rentner ehrenamtlich zweimal pro Woche für Flüchtlinge aus Eritrea und Syrien durchführe. In der Gemeinde **Köln** würden zwei Heilsarmee-Mitglieder mittwochs und freitags Flüchtlingen Deutschunterricht geben. Auch in **Barmstedt** engagiere sich die Heilsarmee beim Sprachunterricht sowie bei der Gestaltung von weiteren Freizeitaktivitäten.

„McTurtle“ ist das mobile Kinderprogramm der Heilsarmee. Das aus **Chemnitz** stammende Mitarbeiterteam veranstalte dieses Programm auch in **Greiz** und **Gera**. Hier würden Flüchtlingskinder aus Gemeinschaftsunterkünften abgeholt, sodass sie das Angebot nutzen könnten.

Nahrung und Kleidung

Flüchtlinge suchten auch zunehmend die bereits vorhandenen Angebote der Heilsarmee auf, stellte Majorin Marianne Meyner fest. Dazu zählten die verschiedenen Begegnungscafés und Wärmestuben, die Essens- und Lebensmittelausgaben sowie die Kleiderkammern und Second-Hand-Läden.

Auch das geistliche Angebot der Heilsarmee werde bei Bedarf mit wenig Aufwand an die Bedürfnisse von Flüchtlingen angepasst. An einem Sonntag im August habe beispielsweise die Gemeinde in **Düsseldorf** Besuch von 25 Flüchtlingen erhalten, die gerade erst in einer benachbarten Unterkunft eingetroffen waren. Spontan sei daraufhin der Gottesdienst in Deutsch und Englisch abgehalten worden. In **Solingen** hätten die Heilsarmee-Musiker ihre Probe ausfallen lassen, um ein Flüchtlingsheim zu besuchen und den Menschen dort ein wenig Freude zu bringen. Eine ähnliche Idee habe die Musikkapelle aus **Gelsenkirchen** gehabt, die in einem Flüchtlingsheim in **Herne** spielte. Dort werde die Heilsarmee auf Anfrage des Flüchtlingsausschusses

der Stadt auch die „Familienwerkstatt“ anbieten, ein besonderes Programm für Familien, das Beratungsgespräche mit Erwachsenen sowie ein Kinderprogramm und gemeinsames Singen umfasse.

Ausschüsse und Netzwerke

Die Heilsarmee sei in mehreren Orten in – zum Teil kommunalen – Ausschüssen und Netzwerken vertreten, die sich um die Flüchtlingshilfe kümmern, und kooperiere zudem mit weiteren Partnern, wie Hilfsorganisationen, Ämtern und Einrichtungen. So arbeite die Heilsarmee in **Leipzig** mit den Johannitern, dem Sozialamt und dem Flüchtlingsrat zusammen. In **Guben** sei sie im Netzwerk „Flucht und Migration“ vertreten, das unter anderem Begegnungsfeste für Bürger und Flüchtlinge organisiere. In **Herne** arbeite sie im Flüchtlingsausschuss mit und in **Barmstedt** in einer entsprechenden Arbeitsgruppe der Stadt. In **Bonn** engagiere sie sich in der Flüchtlingshilfe der Nordstadt.

Die Heilsarmee ist eine internationale Bewegung, die sich in 127 Ländern engagiert. Sie sieht ihre Aufgabe darin, das Evangelium von Jesus Christus zu predigen und menschlicher Not ohne Ansehen der Person zu begegnen. Sie hat nach eigenen Angaben weltweit mehr als 1,7 Millionen Mitglieder, etwa 26.000 Offiziere (Geistliche) und fast 108.000 Angestellte. In Deutschland zählt die Heilsarmee rund 1.450 Mitglieder.

BFP-Präsidium äußert sich zur

Flüchtlingssituation

„Wir sind dankbar für unsere politisch Verantwortlichen, die sich intensiv um Lösungen auf allen Ebenen bemühen“, heißt es in dem „Wort“ an die Gemeinden. Auch für „eine breite Hilfsbereitschaft in unserer Bevölkerung“ wird gedankt. Gemeinden des Bundes würden sich ebenfalls in der Flüchtlingshilfe engagieren. Sorge bereite dem Präsidium die fremdenfeindlichen Äußerungen und Handlungen in Deutschland.

Das BFP-Präsidium weist auf das Bibelwort Jesu in Matthäus 25,34 hin: „Ich war ein Fremder, und ihr habt mich in euer Haus eingeladen.“ Es ermutigt seine Gemeinden dem Flüchtlingsthema nicht angstbesetzt zu begegnen, sondern die damit verbundenen Herausforderungen als Chance zu sehen und im Rahmen der sich bietenden Möglichkeiten Hilfe zu geben. Deutschland sei zwar durch die aktuelle Situation herausgefordert, aber nicht überfordert. Gott habe „unser Land gesegnet“. Es wäre deshalb gut, von diesem Segen etwas weiterzugeben. Die Bibel fordere dazu auf, nicht müde zu werden Gutes zu tun. Das gelte allen Menschen gegenüber, unabhängig von Rasse, Sprache, Hautfarbe oder Religion.

Zum Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP) zählen rund 52.000 Mitglieder in 778 Gemeinden. 291 davon (37,4 Prozent) sind Migrantengemeinden. Einschließlich der Kinder, Jugendlichen und regelmäßigen Gästen besuchten in Deutschland etwa 155.700 Personen die Gottesdienste des BFP.

ADRA Slowenien Lieferte Hilfsgüter per Flugzeug nach Lesbos

„Die Bewohner von Slowenien sind für ihre Großzügigkeit bekannt“, sagte Maja Ahac, Geschäftsleiterin von ADRA Slowenien. „Wenn Hilfe nötig ist, spenden sie.“ Die meisten Hilfsgüter seien von Menschen mit wenig Einkommen zur Verfügung gestellt worden, so Ahac, „das überrascht mich nicht wirklich, den sie wissen, wie es ist, wenn man in Not ist.“

Nach Angaben von ADRA Slowenien haben Jure Poglajen, Zahnarzt, und David Zorko, Tierarzt, auf der griechischen Insel Lesbos Ferien gemacht und die verzweifelte Situation der Flüchtlinge gesehen, denen niemand geholfen habe. Die beiden Ärzte hätten in Eigeninitiative medizinische Hilfe und Essen zur Verfügung gestellt und am 24. August ADRA Slowenien um Hilfsgüter gebeten. Gemeinsam mit dem Netzwerk slowenischer Hilfswerke, SLOGA, zu dem auch ADRA gehört, seien in nur zweieinhalb Tagen die Hilfsgüter gesammelt, sortiert, gepackt und am Nachmittag des 27. August auf dem Flughafen Ljubljana zum Abtransport bereitgestellt worden. Neben vielen Freiwilligen habe auch die slowenische Armee mit Militärlastwagen und Soldaten beim Transport der Hilfsgüter geholfen, und Adria Airways, die slowenische Fluggesellschaft, habe die Kosten der Flugfracht übernommen.

Spender von Hilfsgütern verursachten einen Verkehrsstau

Mittels Radio, Fernsehen, Zeitungen und Social Media habe ADRA Slowenien die Sammelaktion im ganzen Land gestartet. Neben Geldspenden seien von der Bevölkerung immens viele Hilfsgüter zum Hauptsitz des Hilfswerks in Ljubljana gebracht worden, sodass es auf einer Hauptstraße der Stadt einen Stau gegeben habe, so das Hilfswerk. Neben den elf ADRA-Sammelstellen in Slowenien hätten Bewohner in Eigeninitiative weitere zwölf

Sammelstellen im Land eröffnet. Am Abend des ersten Sammeltages habe das Hilfswerk einen zusätzlichen Lagerraum mit 300 Quadratmetern mieten müssen, der mit Hilfsgütern gefüllt worden sei.

Güterwagen mit Hilfsgütern nach Belgrad

Die restlichen Hilfsgüter, die nicht nach Lesbos transportiert werden konnten, werden laut ADRA Slowenien in einer gemeinsamen Aktion mit ADRA Serbien am 3. September in einem Güterwagen nach Belgrad/Serbien transportiert. Die slowenische Staatsbahn habe bereits zugesagt, die Kosten für den Transport zu übernehmen.

Katholische Kirche gibt Handreichung zu Fragen des Kirchenasyls heraus

In seinem Geleitwort erinnert der Vorsitzende der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Norbert Trelle (Hildesheim), an die alte christliche Tradition, Zuflucht bei Gott zu suchen. Nach einem kurzen einführenden Teil, der neben grundsätzlichen Erwägungen auch eine Zusammenfassung der aktuellen öffentlichen Debatte über das Kirchenasyl enthält, stellt die Handreichung die Grundzüge des „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ (GEAS) sowie seine Auswirkungen auf die Situation in Deutschland dar. Ein dritter und abschließender Teil liefert den Kirchengemeinden und Ordensgemeinschaften Hinweise für die Praxis, vor allem mit Blick auf die notwendigen Entscheidungs- und

Kommunikationswege.

Über die Gewährung eines Kirchenasyls könne nur vor Ort entschieden werden. Eine Kirchengemeinde oder Ordensgemeinschaft müsse nach bestem Wissen und Gewissen prüfen, ob ein Kirchenasyl im konkreten Einzelfall tatsächlich das letzte Mittel zur Abwendung humanitärer Härten sei.

Humanitär verantwortbare Lösungen finden

Anlässlich der Veröffentlichung erklärt Bischof Norbert Trelle: „Die Tradition des Kirchenasyls muss weiterhin bestehen bleiben.“ Er plädierte für einen sorgfältigen Umgang mit dem Kirchenasyl. Es könne immer nur „ultima ratio“ zur Verhinderung drohender Menschenrechtsverletzungen sein. Es gehe hier nicht um ein Sonderrecht gegenüber dem Staat, sondern um die Gelegenheit, mit den für eine Entscheidung zuständigen staatlichen Stellen in Dialog zu treten, die rechtliche Lage noch einmal genau zu prüfen und neue Aspekte vorzutragen, die in einem konkreten Fall bisher nicht berücksichtigt wurden. In der Mehrheit aller Fälle sei es möglich, im Einvernehmen mit den Behörden rechtlich tragfähige und humanitär verantwortbare Lösungen zu finden. „Dies dient dem in unserer Verfassung verankerten obersten Ziel der Rechtsordnung: dem Schutz der Menschenwürde“, betonte Trelle.

Kirchenasyl stellt staatliches Recht nicht infrage

Der Veröffentlichung der Handreichung war eine kontroverse öffentliche Debatte über die prinzipielle Zulässigkeit von Kirchenasyl vorangegangen. Im Februar 2015 kam es dann zu einer Vereinbarung zwischen der evangelischen und katholischen Kirche und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Während die Kirchen betonten, dass sie sich mit dem Kirchenasyl keineswegs über staatliches Recht hinwegsetzen wollten, sicherte das Bundesamt seinerseits zu, die Tradition des Kirchenasyls nicht grundsätzlich infrage zu stellen. Im Rahmen des Kirchenasyls solle es auch weiterhin möglich sein, den Behörden Einzelfälle zur nochmaligen Überprüfung vorzulegen. Zu diesem Zweck wurde zwischen den Kirchen und dem

BAMF eine neue Kommunikationsstruktur vereinbart.

Zahl der Kirchenasylfälle auf niedrigem Niveau

Aktuell seien bundesweit 293 Fälle (mit 454 betroffenen Personen) bekannt, in denen Kirchengemeinden oder Ordensgemeinschaften von Zurück- oder Abschiebung Bedrohte vorübergehend in kirchlichen Räumen aufgenommen hätten, teilte die Pressestelle der Deutschen Bischofskonferenz mit. Das sei ein deutlicher Zuwachs im Vergleich zum August 2014, als die Statistik der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“ 135 Fälle (mit 244 betroffenen Personen) ausgewiesen habe. Zieht man allerdings in Betracht, dass die Zahl der Flüchtlinge insgesamt angestiegen sei und die Bundesregierung für 2015 mittlerweile mit bis zu 800.000 Asylverfahren rechne, bewege sich die Zahl der Kirchenasylfälle weiterhin „auf einem niedrigen Niveau“.

Die „Handreichung zu aktuellen Fragen des Kirchenasyls“ der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz kann im Internet unter <http://www.dbk-shop.de/de/handreicherung-aktuellen-fragen-kirchenasyls.html> als pdf-Datei heruntergeladen oder als Heft bestellt werden.
